

# Ein Integrationsdelegierter für Graubünden

**Graubünden will Ausländerinnen und Ausländer besser in die Gesellschaft integrieren. Aus diesem Grund sucht das kantonale Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht jetzt einen Integrationsdelegierten.**

Von Dario Morandi

*Chur.* – Die Integration von Ausländerinnen und Ausländern sei primär deren eigene Aufgabe, heisst es seit Jahren aus den Reihen des Grossen Rates und der Bündner Regierung. Seit aber der Bund viel Geld für die Förderung des harmonischen Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen lockermacht, sehen das die Bündner Behörden etwas anders. Die Integration der Ausländer in Staat und Gesellschaft

soll jetzt auch in Graubünden vorangetrieben werden. Und zwar von den Behörden. Genauer: von einer Integrationsdelegierten oder einem Integrationsdelegierten. Das geht aus einem entsprechenden Stelleninserat im Kantonsamtsblatt hervor.

## **Stelle im Sozialamt schaffen**

In welcher Dienststelle beziehungsweise welchem Amt der Delegierte dereinst integriert werden sollte, war zunächst unklar. Im Vorfeld der Stellenausschreibung seien Forderungen laut geworden, wonach die Stelle im kantonalen Sozialamt zu schaffen sei, sagt Heinz Brand, Chef des Amtes für Polizeiwesen und Zivilrecht. Doch daraus wurde nichts. Der Integrationsdelegierte werde seine Tätigkeit definitiv in seinem Amt aufnehmen. Und zwar in der Abteilung Bürger- und Zi-

vilrecht. Für Brand ist das nur logisch: Die Integration hänge eng mit dem Zivil- und Bürgerrecht zusammen, erklärt er.

Gemäss Brand wird der Integrationsdelegierte nicht nur der kantonale Ansprechpartner für die Bundesbehörden in Migrations- und Rassismustfragen sein. Er werde zudem mit Flüchtlingsorganisationen oder Hilfswerken Projekte für die Integration von niedergelassenen Ausländerinnen und Ausländern sowie vorläufig aufgenommenen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern erarbeiten beziehungsweise abwickeln. Auch sei der Delegierte für einen sinnvollen Einsatz der finanziellen Mittel verantwortlich. Gleichzeitig werde er sich auch um Einzelfälle kümmern. Laut Brand kann der Delegierte mit seiner Klientel beispielsweise so genannte

Verpflichtungsvereinbarungen (Verpflichtung zum Erlernen der Sprache, zur Stellensuche usw.) aushandeln, mit denen die Integration vorangetrieben werden kann.

## **Ein grosser Fortschritt, aber ...**

Bei AvenirSocial, dem ehemaligen Schweizerischen Berufsverband Soziale Arbeit, wird die Förderung der Ausländerintegration durch den Kanton zwar grundsätzlich begrüsst. Der Bündner Sektionspräsident Patrik Degiacomi spricht jedenfalls von einem «grossen Fortschritt». Gleichzeitig bedauert er aber, dass die Stelle nicht im kantonalen Sozialamt geschaffen wird. «Integration wäre ja eigentlich dessen Kernaufgabe.» Im Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht sei die Gefahr gross, dass es «zu einer Vermischung der Aufgaben kommt».